BWK-Position

Stand: 11/2026

BÜROKRATIEABBAU: ERHALTEN WAS NÜTZT-ABBAUEN WAS HEMMT.

Bundes- wie auch Landespolitik priorisiert den Abbau unnötiger Bürokratie, die sowohl Unternehmen als auch die Bürgerinnen und Bürger belastet. Damit Verfahren einfacher, schneller und ohne großen Aufwand durchgeführt werden können, stehen viele Regelungen und auch Berichtspflichten auf dem Prüfstand. Wirtschaftsverbände wie DIHK, BDI und ZDH drängen auf ein schnelles Tempo, weniger Nachweispflichten und verlässliche digitale Prozesse. Dieses Ziel wird vom BWK unterstützt, sofern damit keine Absenkung der Deutschen Umweltstandards einhergeht.

Eine Möglichkeit, Verfahren einfacher zu gestalten besteht in der Digitalisierung von Prozessen. Hier sehen wir deutliche Defizite bei Verwaltungen und Behörden. Digitale Prozesse, die bei Unternehmen lange etabliert sind, werden in Verwaltungen und Behörden regelmäßig durch eine Prozessführung unterbrochen, die noch auf einer herkömmlichen Papier-Aktenführung beruht. Gleichzeitig werden oftmals Informationen abgefragt, die bei anderen Stellen bereits vorliegen. Hier erwarten wir, dass stärker vernetzt gearbeitet wird, um mehrfache Datenangaben zu vermeiden.

Ein wesentliches Problem sehen wir in konkurrierenden rechtlichen Vorgaben und deren Auslegung, sowie der ausgeprägten Tendenz, EU-Regeln durch nationale Sonderauflagen zu verschärfen (Gold-Plating). Ein weiteres Problem ist das Fehlen einer zwingenden Evaluierung von Aufwand und Nutzen aller Regeln und Vorschriften.

Die Mehrstufigkeit von europäischem, Bundes-, Landes- und Kommunalrecht sowie eine uneinheitliche Verwaltungspraxis führen dazu, dass Genehmigungsverfahren je nach Bundesland und Kommune unterschiedliche Anforderungen stellen.

Bund der Ingenieure für Wasserwirtschaft,
Abfallwirtschaft und Kulturbau (BWK) e.V.
info@bwk-bund.de · www.bwk-bund.de

BWK
die Umweltingenieure

BWK-Position

In einzelnen Bereichen gilt das sogar für benachbarte Kommunen innerhalb desselben Landkreises. Die Folge sind aufwändige Abstimmungsprozesse. Bundeseinheitliche technische Regelwerke können hier eine gemeinsame fachliche Grundlage schaffen und dadurch Abstimmungsprozesse erleichtern.

Ein weiterer Punkt ist die Vereinheitlichung der digitalen Prozesse. Die reine Forderung, dass die Verwaltung digital werden muss, greift aus unserer Sicht zu kurz. Die Prozesse müssen zugleich vereinheitlicht werden. Ziel muss sein, dass jede Behörde dieselben Anforderungen stellt und einheitliche, barrierefrei bearbeitbare, digitale Formulare verwendet werden. Individuelle Anforderungen lassen sich, wenn sie nachweislich unvermeidbar sind, über Beiblätter lösen, die hochgeladen werden können.

Der BWK setzt sich fachlich intensiv mit den Kernthemen der Wasserwirtschaft und damit der Daseinsvorsorge auseinander. Dazu führt er Tagungen und Fortbildungsveranstaltungen durch und beteiligt sich im Verbund mit seinen Landesverbänden und anderen Umwelt-Fachverbänden an der Erarbeitung von Regelwerken der Wasserwirtschaft, der Abfallwirtschaft und des Küsten-, Hochwasser- und Klimaschutzes.

Hierbei ist festzuhalten, dass in Deutschland eine langjährige etablierte Zusammenarbeit mit Ingenieuren aus den Arbeitsbereichen des BWK und Verwaltungen und Behörden existiert, die sich bewährt hat und auch im internationalen Vergleich vorbildlich ist.

Im Kontext des Bürokratieabbaus wird ebenfalls vorgeschlagen, auf vermeintlich beschränkende Reglungen, wie den Verweis auf den „Stand der Technik“ oder die „allgemein anerkannten Regeln der Technik“ zu verzichten. Dieser Stand der Technik wird an Hand von nationalen und EU-weiten Normen, an Hand von Technischen Regeln, Technischen Vertragsbedingungen, Lieferbedingungen, Einbau- und Verlegeanleitungen oder Merk- und Arbeitsblättern definiert.

Bund der Ingenieure für Wasserwirtschaft,
Abfallwirtschaft und Kulturbau (BWK) e.V.
info@bwk-bund.de · www.bwk-bund.de

BWK
die Umweltingenieure

BWK-Position

Einen pauschalen Abbau solcher Regeln halten wir für problematisch, weil:

1. **Angebote nicht mehr vergleichbar werden**
   Ohne verbindliche technische Standards wird eine qualitative Bewertung von Angebotsinhalten erschwert.

2. **Die Festlegung von Ausschreibungsdetails auf die ausschreibende Behörde verlagert wird**
   Über den Stand der Technik bzw. die allgemein anerkannten Regeln wird eine Ausschreibung für die Qualität der Leistungen definiert und damit werden die Angebote vergleichbar. Ohne diese Standards werden qualitativ unterschiedliche Leistungen angeboten.

3. **Die Häufigkeit von Ausführungsmängeln steigt**
   Ohne einheitliche Regelung der Qualität von Leistungen und ohne Überwachung der Ausführung besteht die Gefahr, dass Leistungen erbracht werden, die den vertraglich vereinbarten Zustand verfehlen und juristische Auseinandersetzungen und Nachforderungen notwendig werden.

Die Anwendung von technischem Regelwerk führt nicht automatisch zu mehr Bürokratie, sondern kann allen Beteiligten die Arbeit erleichtern, da ein verbindlicher fachlicher Rahmen definiert wird, der bei der Planung, Genehmigung, Vergabe, Durchführung und Qualitätssicherung für alle Beteiligten einen etablierten und verlässlichen Standard setzt.

Gleichwohl sehen wir auch die Gefahr, dass eine starre Anwendung von Regeln Innovationen behindern kann und sehen deshalb die regelsetzenden Gremien in der Pflicht, nur dort tätig zu werden, wo objektiver Regelungsbedarf vorhanden ist. Wir unterstützen deshalb ausdrücklich den Ansatz, alle technische Standards und Regelwerke auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen.

Bund der Ingenieure für Wasserwirtschaft,
Abfallwirtschaft und Kulturbau (BWK) e.V.
info@bwk-bund.de · www.bwk-bund.de

BWK
die Umweltingenieure

BWK-Position

Bei einem pauschalen Abbau von technischen Standards und Regelwerken besteht aus Sicht des BWK jedoch die Gefahr, dass nicht weniger, sondern mehr Bürokratieaufwand entsteht.

Bund der Ingenieure für Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft
und Kulturbau (BWK) e.V.,
Bundesverband
Salzstraße 1
21335 Lüneburg
www.bwk-bund.de

Der BWK setzt sich fachlich intensiv mit den Kernthemen der Wasserwirtschaft und damit der Daseinsvorsorge auseinander. Dazu führt er Tagungen und Fortbildungsveranstaltungen durch und beteiligt sich im Verbund mit seinen Landesverbänden und anderen Umwelt-Fachverbänden an der Erarbeitung von Regelwerken der Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und des Küsten- und Klimaschutzes.